

Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Rotebühlstraße 131

70197 Stuttgart

Adresse des Verbands:
Forststraße 93, 70176 Stuttgart
Ansprechpartnerin: Ulrike Maier, Sprecherin
Tel: 0721-83 14 7 10
E-Mail: frauenpolitik@lag.gruene-bw.de

Antrag (Entwurf) zur Delegiertenversammlung am 25. April 2008 in Karlsruhe: Beobachtung und Bekämpfung der Aktivitäten rechtsextremer Frauenorganisationen

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrats möge beschließen:

Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung auf, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

1. In welchem Umfang sind der Landesregierung die Aktivitäten rechtsextremer Frauenorganisationen wie z.B. Aktive Frauen Fraktion (AFF), Ring nationaler Frauen (www.ring-nationaler-frauen.de), Gesellschaft Deutscher Frauen (www.g-d-f.de) auf Landesebene bekannt?
2. In welchem Umfang sind der Landesregierung die Aktivitäten der als rechtsextrem eingestuften Heimattreuen Deutschen Jugend (www.heimattreue-jugend.de) auf Landesebene bekannt?
3. Wenn ja: sind diese Aktivitäten Gegenstand der Beobachtung durch den Landesverfassungsschutz?
Wenn nein: Warum nicht?
4. Wenn ja: welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor?
5. Welche lokalen Maßnahmen werden zurzeit für die Bekämpfung rechtsradikaler Frauenverbände und Jugendverbände von der Landesregierung durchgeführt bzw. finanziell unterstützt?
6. Wie hoch sind die finanziellen Aufwendungen für die einzelnen Projekte?
7. Nimmt die Landesregierung an den Lokalen Aktionsplänen (LAP) im Rahmen des Projekts „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) teil?
8. Wenn ja: In welchem Umfang werden die Aktivitäten rechtsextremer Frauenorganisationen und rechtsextremer Jugendorganisationen im Rahmen dieser lokalen Aktionspläne berücksichtigt?
Wenn nein: Warum nicht?

Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung auf, folgende Empfehlungen der Bundeszentrale für politische Bildung in die Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus aufzunehmen:

- Die Integration des Genderansatzes in die Forschung zum Rechtsextremismus.
- Die Entwicklung spezieller pädagogischer Ansätze zum Umgang mit Kindern aus "nationalen Familien".
- Die Verstärkung der Jugendarbeit vor Ort.

- Die Entwicklung und Unterbreitung spezifischer und auf die aktuellen Entwicklungen in der Neonazi-Szene zugeschnittene Angebote für Mädchen und Frauen.
- Aktive Vermittlung und Förderung von demokratischen Werten und Menschenrechten in Kitas und Schulen.
- Integration der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien auch unter Genderaspekten in die Lehrpläne pädagogischer Studienrichtungen.
- Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt in der Neonazi-Szene.
- Speziell auf Frauen abgestimmte Ausstiegsprogramme. Gewaltschutz für die Frauen – und ggf. ihre Kinder - muss ein Aspekt dieser Programme sein.
- Fortbildungsprogramme mit Informationen über die Neonazi-Szene für Angestellte von Kommunalverwaltungen, Polizeibehörden und BürgerInnenämtern.
- Ideelle und materielle Unterstützung von Initiativen vor Ort durch PolitikerInnen auf Bundes- Länder- und Kommunalebene.

Begründung:

Bisher wird Rechtsextremismus eher als Männerphänomen wahrgenommen, das häufig mit Gewalt verknüpft ist. Seit den 90er Jahren haben jedoch rechtsextreme Frauenorganisationen einen enormen Zulauf. Während sich die Aktivitäten bisher vorwiegend auf die neuen Bundesländer konzentrieren, steht zunehmend auch Baden-Württemberg im Fokus dieser Organisationen. Rechtsextreme Mädchen und Frauen müssen als politisch handelnde Akteurinnen und nicht nur als harmlose, unpolitische Mitläuferinnen wahrgenommen werden.

Mädchen und Frauen sind im rechten Spektrum dennoch nach außen weniger sichtbar. Sie agieren eher im Hintergrund, z.B. in Mütterforen auf einschlägigen Seiten und entziehen sich damit zu einem großen Teil unserem Blickfeld. Frauen sind für rassistische und rechtsextreme Einstellungen jedoch genauso empfänglich wie Männer und übernehmen sogar eine Scharnierfunktion, indem sie mit „friedlichem“ Auftreten rechtsextremes Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft hineintragen.

Prävention und Aufklärung müssen an erster Stelle bei der Bekämpfung rechtsextremistischen Verhaltens stehen. Frauen geben ihr Gedankengut an ihr unmittelbares Umfeld weiter, auch an ihre Kinder. Kinder und Jugendliche sind empfänglich für extreme Positionen. Daher muss es ausreichend Angebote geben, die ein Abrutschen in die rechte Szene verhindern und ein Aussteigen ohne Gefahr möglich machen. Dass ein Verbot der NPD nicht umgesetzt werden kann, bestärkt ideologisch verwandte Jugend- und Frauenorganisationen. Pädagogischen Angebote müssen dazu geeignet sein, politische Gegenpositionen zum Rechtsextremismus zu stärken. Der Rückgang rechter (Gewalt-) Straftaten im Zusammenhang darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Szene auch mit Hilfe der Frauenorganisationen in eine ganz neue Richtung weiter entwickelt.

Karlsruhe, 7.4.2008

LAG Frauenpolitik Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
(Unterschrift einer Vertretungsberechtigten des Verbandes)